

# Stadtentwicklungs- politische Leitlinien

Armut, Wohnungsbau, Mobilität und Klimaschutz  
im Blick – für eine sozial-ökologische Wende





### **Bildquellen**

S. 1: Simon - stock.adobe.com; S. 2: NilsZ - stock.adobe.com; S. 3, 6: Rawpixel.com - stock.adobe.com; S. 3, 11: SZ-Designs - stock.adobe.com; S. 3, 21: oneinchpunch - stock.adobe.com; S. 14: Arman Novic - shutterstock.com; S. 17: Gina Sanders - stock.adobe.com; S. 18: Pcess609 - stock.adobe.com; S. 24: Kara - stock.adobe.com

© SoVD Hamburg, November 2022

# Inhalt

- 4** Vorwort
- 7** Sozialen Zusammenhalt stärken – Armut und soziale Spaltung bekämpfen
- 12** Sozialen Wohnraum planen, genehmigen, bauen und bereitstellen
- 14** Wohnraum und Unterstützung für Obdach- und Wohnungslose ausbauen
- 16** Miet- und Heizkosten für alle sicher und bezahlbar gestalten
- 19** Quartiere klimaneutral gestalten und preiswert sowie ökologisch bauen
- 20** Grünflächen in den Quartieren erhalten und neue Flächen schaffen
- 21** Bezirkliche Angebote und Nahversorgung erhalten und ausbauen
- 22** Soziale Einrichtungen im Bezirk verlässlich fördern
- 23** Stadtteilbeiräte fest etablieren und weiterentwickeln
- 25** Mobilität sicher, attraktiv und für alle zugänglich machen



# Vorwort



Der SoVD ist eine starke Gemeinschaft und eine gestaltende Kraft in Hamburg. Mit rund 25.000 Mitgliedern sind wir der größte, leistungsstärkste Sozialverband in der Stadt. Wir verstehen uns als Sprachrohr für benachteiligte Menschen und werden uns mit unseren **Stadtentwicklungspolitischen Leitlinien** in die Gestaltung der Hansestadt einmischen. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist und bleibt dabei für uns eine der großen sozialpolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Denn es gibt eine Menge von noch unversorgten Menschen und Familien, die teils schon sehr lange auf Wohnungssuche sind und dringend günstigen Wohnraum benötigen.

Unser Sozialstaat ist eine der wichtigsten Errungenschaften unserer Gesellschaft – als unverzichtbare Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik und zentraler Baustein für den sozialen Zusammenhalt. Staatliche Investitionen müssen wir jetzt nicht nur für unsere Wirtschaft, sondern auch für nachhaltigen Klimaschutz, eine zukunftsfähige Stadtentwicklung, bezahlbaren Wohnraum und eine Mobilitätsoffensive konsequent nutzen. Dabei muss das Gemeinwohl die Maxime des politischen und wirtschaftlichen Denkens und Handelns sein.

Die Corona-Pandemie und der völkerrechtswidrige Angriffskrieg auf die Ukraine, haben gezeigt, wie schnell uns Katastrophen treffen und wie fragil unser System sein kann. Gleichzeitig haben wir festgestellt, wie leistungsstark unsere Volkswirtschaft ist und wie schnell Mittel bereitgestellt

werden können. Das hat noch einmal deutlich gemacht, dass der Sozialstaat bezahlbar und zukunftsfähig ist. Dafür brauchen wir einen von allen wesentlichen Kräften getragenen gesellschaftlichen Grundkonsens.

Maßstab ist für uns als SoVD die gesicherte Teilhabe an der Gesellschaft. Wir setzen uns ein für eine soziale Ordnung, die stets an den Bedürfnissen der Menschen orientiert ist und Solidarität, Chancengleichheit und Gerechtigkeit zum Ziel hat.

Unsere vorliegenden Leitlinien enthalten Forderungen und Positionen, die in die Programmatiken der Parteien einfließen und ihren Niederschlag im Regierungshandeln finden sollen. Längerfristig wollen wir das soziale Denken und Handeln in allen gesellschaftlichen Teilbereichen beleben und festigen. In diesem Sinne versteht sich die Veröffentlichung auch als Diskussionsangebot an die Politik, Wirtschaft und alle weiteren gesellschaftlichen Kräfte.

Um diese Ziele verwirklichen zu können, wünschen wir uns, dass noch mehr Menschen den Weg zu uns finden. Denn nur ein mitglieder- und finanzstarker Sozialverband wird gehört. Unsere Sozialrechtsberatung und -vertretung sowie sämtliche weitere Vorteile unserer starken Solidargemeinschaft stehen dabei allen Mitgliedern gleichermaßen offen.



**Ihr Klaus Wicher**

1. Landesvorsitzender



## Sozialen Zusammenhalt stärken – Armut und soziale Spaltung bekämpfen

Rund 377.000 Hamburger:innen sind laut aktueller Zahlen armutsgefährdet oder leben bereits in Armut – das entspricht etwa einem Fünftel der Bevölkerung. Eine bestehende Grauzone ist dabei nicht mit einbezogen. Bereits Ende 2018 waren mehr als 237.000 Menschen in der Hansestadt teilweise oder vollständig auf existenzsichernde Sozialleistungen angewiesen. Wir wissen, dass inzwischen auch Teile des Mittelstandes von schwierigen Lagen betroffen sind und Unterstützung benötigen. Der Krieg in der Ukraine und die damit zusammenhängenden Preissteigerungen haben die Zahlen der armutsgefährdeten Menschen dramatisch in die Höhe getrieben.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau haben stets erheblichen Einfluss auf den sozialen Zusammenhalt. Es geht um die Versorgung breiter Bevölkerungsschichten mit bezahlbarem Wohnraum und die Bereitstellung der entsprechenden Infrastruktur. Ein angemessenes und ausgewogenes Angebot an sozialer Infrastruktur ist genauso wichtig wie die Bereitstellung von Frei- und Grünflächen sowie Wald und Wiesen, die zum Verweilen und zur Erholung im Stadtgebiet einladen und zum Klimaschutz beitragen.

Hamburg soll bis 2050 klimaneutral sein. Weil dies durch eine Maßnahme allein nicht erreicht werden kann, müssen die verschiedenen Politikfelder aufeinander bezogen und eingebunden werden. Auch deswegen haben wir uns in dieser Darstellung nicht allein auf die Stadtentwicklung und den Wohnungsbau begrenzt, sondern beziehen Mobilität,

Wir fordern die  
gleichberechtigte,  
selbstbestimmte  
Teilhabe aller  
Menschen an allen  
gesellschaftlichen  
Teilbereichen.

Klimaschutz wie auch das Thema Armut und die Situation von einkommensschwachen Menschen mit ein.

Wir fordern, dass Bundes- und Landespolitik der Armutsbekämpfung und Teilhabe einen größeren Stellenwert einräumen – und Entlastungen für Haushalte mit kleinen Einkommen auf den Weg bringen.

Ein lebendiger Stadtteil hat eine einladende Einkaufs- und Erholungsstruktur sowie soziale Einrichtungen, zentrale Quartierstreffpunkte und öffentliche Angebote, um den Belangen der Bewohner:innen vor Ort gerecht zu werden. Stadtentwicklung und Wohnungsbau sind wesentliche Elemente, um Armut zu bekämpfen. Vor allem geht es dabei um die Bereitstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum. Denn alle müssen die gleichen Chancen auf ein gutes, menschenwürdiges Leben haben. Zentrale Voraussetzung dafür ist die Wertschätzung und Anerkennung von Vielfalt sowie die Schaffung und Förderung von Teilhabe. Die Stadt braucht eine Politik, die mit Nachdruck darauf hinwirkt, Armut und soziale Spaltung zu bekämpfen. Es geht darum, sozialen Zusammenhalt und Integration zu stärken – und Teilhabe sowie Chancengleichheit für alle zu gewährleisten.

Um dieses vorrangige Ziel zu erreichen, fordern wir einen sofortigen **Aktionsplan gegen Armut, Wohnungs- und Obdachlosigkeit**. Denn Betroffene erleben mit großer Härte, was es bedeutet, wenn die Mittel für das Nötigste nicht reichen. Wir erwarten, dass die Stadt bis 2030 sowohl Obdachlosigkeit als auch Armut mit einem Querschnitts-Gestaltungsplan so bekämpft, dass zählbare Erfolge Jahr für Jahr erzielt werden.

In Deutschland wurden Preissteigerungsraten gemessen, wie man sie seit Langem nicht mehr kannte. Das Bemerkenswerte daran: Damit wurden selbst die ölpreisbedingten Kostenschübe der 70er Jahre in den Schatten gestellt. Die Ausgaben für Miete und Nebenkosten steigen kontinuierlich an und erreichen bedenklich oft 40 bis 50 Prozent oder mehr des verfügbaren Haushaltseinkommens. Bereits vor der Pandemie war dieser Anteil laut Lebenslagenbericht „Familien

in Hamburg“ (2017) der Freien und Hansestadt schon hoch.

Ein solcher Inflationsanstieg ist in vielerlei Hinsicht ein Problem. Er belastet die Altersvorsorge und schmälert die Kaufkraft der Menschen, die von einem kleinen Einkommen leben – betroffen sind Arbeitnehmende, Studierende, Grundversicherungs- und Hartz-IV-Empfänger:innen oder Rentner:innen. Grund zu großer Sorge ist eine solch hohe Inflationsrate aber vor allem dann, wenn sie den Beginn einer Phase mit dauerhafter Preissteigerung markiert. Davon kann man heute ziemlich sicher ausgehen.

Verbraucher:innen müssen sich langfristig auf höhere Kosten einstellen. Der Krieg in der Ukraine gibt den Preisen sichtbar einen Schub. Nicht nur die Energiekosten steigen erheblich. Auch die Preise für Lebensmittel – dies trifft Menschen und Familien mit kleinem Einkommen besonders hart – und andere Alltagsgüter ziehen drastisch an. In Zukunft müssen wir verstärkt mit Preissteigerungen rechnen, weil dem Klimaschutz mehr Aufmerksamkeit zukommen wird.

Umso dringender und wichtiger ist es, die Zivilgesellschaft in die Entwicklung, Umsetzung und Evaluation eines Aktionsplans gegen Armut und Obdachlosigkeit aktiv einzubinden. Der SoVD Hamburg steht dafür zur Verfügung. In einem ersten Schritt kommt es darauf an, konkrete Ziele zu benennen und dafür ein Maßnahmenpaket zu schnüren. Dazu zählen aus unserer Sicht:

- Benachteiligte Stadtquartiere identifizieren und mit Messgrößen versehen
- Effizienz von Maßnahmen steigern durch frühzeitige Zuweisung von Finanzmitteln auf Stadtquartiere
- Direkte finanzielle Förderung von armutsbetroffenen Menschen

Wir fordern einen Armuts- und Reichtumsbericht alle zwei Jahre und eine regelmäßige Sozialberichterstattung.

- Beschäftigungsimpulse setzen durch die Stärkung der regionalen Wirtschaft, die Schaffung sowie Sicherung örtlicher Arbeitsplätze und die Integration Langzeitarbeitsloser – auch durch ein eigenes Hamburger Programm
- Soziale Impulse setzen durch eine Verbesserung der Wohnverhältnisse, mehr Unterstützung des sozialen Miteinanders (neue Quartierszentren und Beteiligungsmöglichkeiten), die Realisierung gemischter Wohnstrukturen, die Stärkung des Sicherheitsgefühls und die Verbesserung der Infrastruktur
- Impulse setzen für den Klimaschutz durch ökologisches Planen, Bauen und Wohnen
- Politische Impulse setzen durch integrierte Strategien über verschiedene Politikfelder und Instrumente hinweg

Auf der Basis bestehender Ansätze in Hamburg sollten Elemente einer „sozialen Stadt“ in ein solches Konzept einbezogen und weiterentwickelt werden – immer auch unter Beteiligung wesentlicher ziviler Akteur:innen. Hierzu zählt auch die Schaffung einer vollständigen Datenlage zum Thema Armut und Reichtum. Denn nur, wenn wir die Lebenslagen der Menschen in unserer Stadt genau kennen, können wir für sozialen Ausgleich sorgen, sozialer Spaltung entgegenwirken und Armut bekämpfen sowie verhindern. Hierfür brauchen wir eine Strategie, die den Wohnungsbau und die Stadt- sowie Quartiersentwicklung als zentrale Elemente mit im Blick hat.

Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg haben die Lebenssituation von Menschen, die in Armut leben, weiter verschärft. Hinzu kommen Maßnahmen für den Klimaschutz, die sich belastend auswirken. Deshalb bedarf es effektiver Lösungen, um finanzielle Engpässe abzufedern und Teilhabe zu ermöglichen. Diese Maßnahmen sind gemeinsam mit den relevanten sozialpolitischen Akteur:innen zu diskutieren, zu entwickeln und umzusetzen.

Wir fordern ein ressort- und behördenübergreifendes Maßnahmenkonzept gegen Armut und soziale Spaltung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft.



## Sozialen Wohnraum planen, genehmigen, bauen und bereitstellen

Die zunehmende Wohnungsnot hat sich zu einem der brisantesten sozialen Probleme in Hamburg entwickelt. Es fehlt dringend und in großer Zahl an bezahlbarem Wohnraum. Besonders bei den Sozialwohnungen ist der Mangel groß und wächst zunehmend an – die Gesamtzahl der geförderten Wohnungen wird seit Jahrzehnten immer kleiner. Der soziale Wohnungsbau muss deshalb Priorität für den Senat haben und vor allem durch städtische und genossenschaftliche Träger:innen, aber auch gemeinsam mit sozial gebundenen Wohnungsunternehmen energisch wiederbelebt und neu angeregt werden.

Neben dem klassischen Bau von Sozialwohnungen muss sich die Förderkulisse weiter auffächern, um ausreichend bezahlbaren Wohnraum für alle relevanten Gruppen zur Verfügung zu stellen. Neben dem Bau von jährlich mindestens 5.000 Sozialwohnungen (für 6,90 Euro/qm in 2022), braucht Hamburg vor allem auch Wohnungen für Menschen, die zwar mehr ausgeben können, aber dennoch ihre Grenzen des Bezahlbaren haben. Denkbar ist hier ein Segment von Wohnungen für acht bis zehn Euro/qm. Damit genügend günstige Wohnungen trotz gestiegener Preise für Baumaterialien entstehen können, müssen ausreichend Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

Im laufenden Jahr 2022 bewerten inzwischen 86 Prozent der Wohnungsgenossenschaften und sozial orientierten Wohnungsgesellschaften die Aussichten für den Neubau als schlecht oder sehr schlecht. Gleichzeitig steigen nicht nur die Kosten für Baustoffe, sondern auch für Handwerker:innen und damit letztendlich für die Finanzierung rapide an. Frühere Kalkulationen entsprechen heute nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten. Mit der wachsenden Planungsunsicherheit

Wir fordern den Neubau von mindestens 5.000 barrierefreien Sozialwohnungen pro Jahr im ersten Förderweg.

werden Neubauprojekte zunehmend verschoben oder ganz unterlassen.

Der Senat muss schnellstmöglich mit Garantien für Preise beim Bau neuer Wohnungen gegensteuern.

Gerade im sozialen Wohnungsbau ist Stillstand verheerend. Denn parallel dazu schmilzt ihr Bestand durch das Auslaufen von Mietpreisbindungen jeden Tag unweigerlich weiter. Zwar hat der Senat bereits begrüßenswerte Initiativen zur Schaffung von Wohnraum ergriffen, doch nur ein kräftiger Schub beim Neubau von Sozialwohnungen kann die Tendenz umkehren, dass mehr Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen als hinzukommen. Zusätzlich zum Neubau ist es dringend erforderlich, dass ein wirksames Instrument zur Mietpreisbremse erfolgreich eingesetzt wird.

Ganz ausdrücklich begrüßen wir auch, dass städtische Grundstücke und Wohnungen generell nicht mehr verkauft werden sollen. Auf diesen Flächen müssen überwiegend Sozialwohnungen entstehen, sofern die Stadtteile oder Quartiere dadurch nicht über Gebühr belastet werden. Dies sollte auch für Wohnungsunternehmen und Unternehmen gelten, an denen die Stadt Mehrheitsbeteiligungen hält. Solange übergeordnete, stadtplanerische Ziele sicher weiterverfolgt werden können, begrüßen wir auch Initiativen zum schnellen Bebauen von privaten Grundstücken.

Grenzen muss angesichts zunehmender Betonierung, Bodenversiegelung und wegfallenden Grüns der Bebauung der Magistralen gesetzt werden. Dies gilt insbesondere dort, wo sich das Stadtbild bisher historisch und kulturell anders entwickelt hat.

Um die geplanten Wohnungsbaukontingente zu erreichen, sind alle Bezirke gebündelt in die Pflicht zu nehmen. Gerade

Wir fordern eine Erweiterung der Förderkulisse im Wohnungsbau und eine neue Verteilung der Wohnungsbaukosten.

Wir fordern mehr bezahlbaren, senior:innengerechten und barrierefreien Wohnraum.

auch in bevorzugten Wohngebieten muss es möglich sein, verstärkt Sozialwohnungen zu errichten.

Um unseren älteren Mitbürger:innen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, müssen deutlich mehr bezahlbare, senior:innengerechte Wohnungen bereitgestellt werden. Denn in der Mehrheit lehnt die ältere Generation Senior:inneneinrichtungen ab. Auch moderne Wohnformen, wie Mehrgenerationenhäuser, müssen bei Planungen stärker in den Fokus rücken.

## **Wohnraum und Unterstützung für Obdach- und Wohnungslose ausbauen**

Damit sich die Lage von obdach- und wohnungslosen Menschen, wie auch von Frauen und Kindern in Frauenhäusern verbessern kann, muss für ihre Bedarfe im Zuge des



Wohnungsneubaus ein deutlicher Beitrag geleistet werden. Dies auch deswegen, weil 2022 viele wohnungssuchende Flüchtlinge aus der Ukraine dazugekommen sind, die ebenfalls mit Wohnraum versorgt werden müssen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, empfehlen wir, die Fachstelle für Wohnungsnotfälle personell weiter zu stärken und den Fachstellen ausreichend preiswerten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, damit die Vermittlung in Wohnungen auch ermöglicht werden kann. Denn die Betroffenen, derzeit über 20.000 Menschen, brauchen schnell und kurzfristig Hilfe. Dazu gehört vorrangig auch die Begleitung und präventive Intervention bei drohenden Zwangsräumungen.

Wir fordern mehr Wohnraum für Obdach- und Wohnungslose sowie eine besondere Berücksichtigung bei der Vergabe von Sozialwohnungen.

Im Bereich der öffentlichen Unterbringung müssen ausreichend dezentrale Unterkünfte zur Verfügung stehen, die in Größe, Ausstattung und Zusammensetzung so gestaltet sein sollten, dass die Wohnatmosphäre auch einem erhöhten Infektions- und potenziellen Gewaltrisiko entgegenwirkt. Vor allem im Winterhalbjahr dürfen keine Engpässe an menschenwürdigen Wohnungen oder Übergangsunterkünften auftreten.

Wir fordern, dass niemand abgewiesen wird in Wohnungs- und Unterkunftsnotlagen.

Niederschwellige Angebote der Beratung, Hilfe und Unterbringung müssen dafür bedarfsgerecht ausgebaut werden. So muss das Winternotprogramm auch tagsüber zugänglich sein, mit flexiblem Start- und Endzeitpunkt entsprechend der Witterungsbedingungen. Wichtig ist es außerdem, vor Ort verlässliche Verpflegungsangebote zu organisieren.

## Miet- und Heizkosten für alle sicher und bezahlbar gestalten

Wir fordern Mietpreisbegrenzungen und einen besseren Kündigungsschutz samt Clearingstelle, die bei Energiepreiserhöhungen hilft – und dass die Stadt Energiesicherheit durch den Betrieb eigener Unternehmen gewährleistet.

Es müssen endlich wirksame und kontrollierbare Mietpreisbegrenzungen eingeführt werden, um die Mieten über einen längeren Zeitraum günstig zu halten und starke, unangemessene Erhöhungen zu verhindern. Gerade der ins Stocken geratene Neubau von bezahlbaren Sozialwohnungen macht dieses Instrument so bedeutsam.

Gleichzeitig muss der Mieterschutz deutlich verbessert werden. Insbesondere darf Mieter:innen nicht gekündigt werden, wenn sie aufgrund von Energiepreisteigerungen in Zahlungsschwierigkeiten sind. Um zu verhindern, dass sowohl Privathaushalte als auch Wirtschaftsunternehmen unangemessen belastet werden, muss die Politik dringend einen Preisdeckel für Strom- und Heizenergie einführen. Die Versorgung mit Energie ist eine zentrale Aufgabe des Staates wie auch der Stadt und muss jederzeit gesichert sein. Daher muss Hamburg vermehrt mit eigenen Unternehmen helfen, einen Energieengpass zu vermeiden.

Ebenso könnte eine Clearingstelle verhindern, dass Verträge aufgrund solcher Preissteigerungen gekündigt werden. Es müssen Hilfen angeboten und Schulden gestundet werden, damit ein Ausgleich zwischen Gläubiger:innen und Schuldner:innen möglich wird. Wichtig ist auch, dass die personelle und sachliche Ausstattung in den Ämtern stets den Anforderungen angepasst wird, um handlungsfähig zu sein.

Wir fordern eine regelmäßige jährliche Anpassung der Angemessenheitsgrenzen für Bruttokaltmieten an das reale Hamburger Mietniveau.

Für Menschen, deren eigenes Einkommen und Vermögen nicht zum Leben reicht, werden die Kosten für Unterkunft und Heizung vom Amt übernommen. Allerdings müssen diese Kosten normalerweise in einem von der Stadt definierten angemessenen Rahmen bleiben. Ist dies nicht der



Fall, müssen die Kosten, zum Beispiel durch Untervermietung, gesenkt werden. Oftmals bleibt den Betroffenen da nur der Umzug – auf eigene Kosten. In Senatskreisen wird nun aber klar gesagt, dass in diesen Fällen grundsätzlich alle Kosten für Unterkunft und Heizung übernommen werden, auch wenn die Angemessenheit nicht eingehalten wird. Die zuständigen Behördenmitarbeitenden sind hierauf in besonderem Maße aufmerksam zu machen, damit dieser positive Weg in jedem Fall auch beschritten werden kann. Solange bezahlbarer Wohnraum knapp ist und die Heizkosten so hoch sind und weiter steigen, muss diese „Angemessenheitsregel“ aus unserer Sicht dringend weiter ausgesetzt werden.

Einkommensschwache Hamburger:innen werden mit Wohngeld als Miet- und Lastenzuschuss bei den Wohnkosten unterstützt. Ziel ist es, dass sie sich die Mieten in der Stadt trotz hoher und steigender Wohnkosten leisten können. Um Preissteigerungen zeitnah auszugleichen, muss das Wohngeld konsequent und in einem schnellen Rhythmus angepasst werden.

Wir fordern eine stetige Anpassung des Wohngelds und der Einkommensgrenzen, damit mehr Menschen die Hilfe in Anspruch nehmen können.



# Quartiere klimaneutral gestalten und preiswert sowie ökologisch bauen

Neue Baumaterialien sind entsprechend der wissenschaftlichen Erkenntnisse einzusetzen, so dass sie sich klimaverbessernd und -regulierend sowie preisgünstiger verbauen lassen. Alle Möglichkeiten zur Einsparung von Baumaterialien und zur Verwendung von recycelten Materialien sind auf ihre Verwendung zu prüfen und bei Eignung einzusetzen. Damit sich das Stadtklima verbessert und die Temperaturen im Sommer in der Stadt sinken, müssen mehr Häuser begrünt und weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Viele Häuser und Wohnungen sind Altbestände. Es ist wahrscheinlich sehr teuer, aufwendig und in vielen Fällen gar nicht möglich, diese Altbauten in einen klimaneutralen Zustand zu versetzen. Daher ist es sinnvoll, wie das Beispiel Horner Geest zeigt, ein ganzes Quartier mit seinen klimatischen Einflussgrößen (wie Verkehr, Wärme- und Stromerzeugung) zu betrachten, um Stadtviertel klimaneutral zu gestalten.

Wir fordern stadtteilbezogene Handlungspläne, um den Energieumbau chancengleich voranzutreiben.

Solche Best-Practice-Modelle sind im Zusammenspiel zwischen Wohnungswirtschaft, Sozialverbänden, Mietervereinen und Senat umzusetzen. Ebenso sollte die Stadt geeignete Fördermöglichkeiten in ausreichender Zahl anbieten.

Es macht wenig Sinn, nach Alternativen zum Heizen mit Gas und nach einer Stromerzeugung mit alternativen Energien zu rufen, ohne die entsprechenden Möglichkeiten zu schaffen. Bisher gibt es weder die Handwerker:innen noch die Rohstoffe, Materialien und Geräte in ausreichender Zahl. In der Folge führt dies zu einem Preisauftrieb und Verdrängungswettbewerb, bei dem die Gewinner:innen und Verlierer:innen

bereits feststehen: Wer über genügend Finanzen verfügt, gewinnt, wer nur einen kleinen Geldbeutel hat, verliert.

Der Senat sollte stadtteil- und quartiersbezogene Förderkategorien aufbauen und jeweils vor Ort feststellen, wo Umrüstungen von Gas und Öl auf regenerative Energieträger möglich sind. Unter Federführung der Stadt (Bezirke) sind dann gemeinsam mit Handwerksbetrieben Handlungspläne aufzustellen, die darlegen, wie und in welchem Zeitraum dies umgesetzt werden kann. Um solche Umbauten zu flankieren und einkommensschwachen Haushalten dabei zu helfen, sind gezielt entsprechende Fördergelder bereitzustellen.

## **Grünflächen in den Quartieren erhalten und neue Flächen schaffen**

Die Bezirke stellen Bebauungspläne auf und sind für die Gestaltung und Pflege öffentlicher Freiräume und Spielflächen verantwortlich. Sie entscheiden nicht nur über Veränderungen in der Stadtentwicklung, sondern auch über die Möglichkeit der Bürger:innen, ihre Grün- und Spielflächen im Alltag zu genießen. Die Lebensqualität in den Stadtteilen darf sich nicht allein am bezahlbaren Wohnraum orientieren. Grünflächen und Schulhöfe sind keine Reserveflächen für den Wohnungsbau. Unversiegeltes Grün, Baumflächen und Parks haben Erholungswert, verbessern Luft- und Mikroklima – und sind unverzichtbare Begegnungsorte. Sport und Freizeitaktivitäten können sich vor Ort entwickeln, wovon vor allem Familien, aber auch armutsbetroffene, alte, behinderte und bewegungseingeschränkte Menschen profitieren. Insofern ist ökologische Politik auch zugleich Sozialpolitik.

Wir fordern eine soziale, ökologische Politik vor Ort, die auch auf die Entfaltung und Erholung im Grünen setzt.

Ebenso darf die geplante Verdichtung entlang der Hambur-

ger Magistralen nicht zu einem völlig veränderten Stadtbild ohne Grün und Bäume, dafür mit schluchtenähnlicher und betonierter Bebauung führen. In diesem Zusammenhang empfehlen wir, dass eine komplexe Stadtentwicklung mit der sozialen und ökologischen Entwicklung verbunden wird.

## Bezirkliche Angebote und Nahversorgung erhalten und ausbauen

Für Bürger:innen, die eine Behörde aufsuchen müssen, gibt es die Kundenzentren. Sie haben sich bewährt und werden wegen der kurzen Wege geschätzt. Einfache Anträge können mittlerweile auch online gestellt werden. Gerade für ältere und armutsbetroffene Menschen ist das immer noch eine Herausforderung. Sie brauchen nach wie vor den direkten Kontakt, weil sie teils nicht über die technischen Mittel und Kenntnisse verfügen, um Anliegen online zu erledigen.

Wir fordern dauerhafte Fördermöglichkeiten, damit sich Menschen mit kleinem Geldbeutel Digitalisierung leisten können.



Wir fordern von Ämtern und Behörden, ihre Dienste digital, aber auch verlässlich vor Ort anzubieten – und sie mit ausreichend Personal sowie zeitgemäßen Sachmitteln auszustatten.

Wir fordern, die Nahversorgung vor Ort in den Stadtteilen zu erhalten, auszubauen und bei städtebaulichen Planungen zu berücksichtigen.

Wir fordern finanziell sichere Bedingungen für soziale Einrichtungen.

Kundenzentren dürfen nicht geschlossen werden, sonst würden die Wege weit und die Wartezeiten lang. Für mobilitätseingeschränkte Personen und Menschen mit Behinderung kann das eine erhebliche Belastung sein. Eine bürger:innenfreundliche Verwaltung muss auch bei fortschreitender Digitalisierung nahe an den Menschen bleiben. Insbesondere die Grundsicherungs- und Wohnungsämter, Ausländer:innenbehörden, Jobcenter und das Amt für Eingliederungshilfe sind ohne ausreichend Personal und Sachmittel nicht handlungsfähig. Besondere Hürden, wie lange und komplizierte Antragsformulare, müssen abgeschafft und Beratungen auch ohne Anmeldung möglich werden. Eine Erstberatung muss zur Regel werden, um die Menschen über ihre Möglichkeiten aufzuklären und den Weg durch die Verwaltung zu ebnen.

Zu einem dichten Netz von Kundenzentren gehört auch ein mobiler Service. Angebote der Nahversorgung und sozialen Versorgung, wie Post, Geldleistungen, Einkaufsmöglichkeiten, Kulturangebote, Cafés, kostenfreie Einkaufshilfen sowie Angebote der Beratung und Gesundheitspflege sind bei allen städtebaulichen Planungen zwingend zu berücksichtigen.

## **Soziale Einrichtungen im Bezirk verlässlich fördern**

Die Haushaltspolitik des Senats darf nicht zu einer Bedrohung des sozialen Lebens in der Stadt führen. Der Quartiersfonds hat in vielen Fällen geholfen, schwere Schäden in der sozialen Infrastruktur zumindest vorübergehend zu verhindern. Weitere Friktionen sind jedoch absehbar. Den sozialen und kulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen ist mit einem Notgroschen, wie dem Quartiersfonds, nicht dauerhaft geholfen – es bedarf einer verlässlichen Finanzierung.

Dazu gehört auch der vollständige Tarifausgleich in der Bezahlung der Mitarbeitenden. Anders könnte es dazu führen, dass die Personalausstattung mittelfristig gefährdet ist. Die bisherige, zeitlich befristete Finanzierung von Projekten führt zu prekärer Beschäftigung, die abgeschafft oder zumindest stark eingedämmt werden muss. Nur eine langfristig gesicherte Finanzierung kann Grundlage für die Einrichtungen und deren Beschäftigte sein.

Einrichtungen wie Bürger:innentreffs, Quartierszentren, Community-Center, Stadteilkulturzentren oder Geschichtswerkstätten sind in den Stadtteilen unverzichtbar. Initiativen zur Ausweitung und Neugründung dürfen nicht entmutigt werden, sondern brauchen Beistand und Unterstützung durch Verwaltung und Politik. Erforderlich ist eine Mischung aus Bürger:innenzentren und -treffs, Beratungs- und Bildungsangeboten, Angeboten der Freizeitgestaltung und Anlaufstellen mit privaten Angeboten.

Wir fordern, eine integrierte soziale Stadtteilentwicklung in allen Bezirken auszubauen und finanziell abzusichern.

## Stadtteilbeiräte fest etablieren und weiterentwickeln

Im Zuge des Rahmenprogramms Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen konnten in den Bezirken positive Erfahrungen mit neuen Formen der Bürger:innenbeteiligung gemacht werden. Speziell die Stadtteilbeiräte haben sich dort bewährt, wo sie ehrenamtliches Engagement und professionelle Kompetenz erfolgreich miteinander ins Gespräch bringen konnten. Dieser Ansatz gehört dauerhaft gefördert und Menschen mit Migrationshintergrund müssen stärker eingebunden werden. Das wäre nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Weiterentwicklung kommunaler Demokratie, sondern könnte auch einen wesentlichen Impuls zur sozialräumlichen Gestaltung der Stadtteile setzen.

Wir fordern den Einsatz und die finanzielle Ausstattung von Stadtteilbeiräten auf Bezirksebene.



## Mobilität sicher, attraktiv und für alle zugänglich machen

Mobilität ist integrativ bei der Stadtentwicklung mitzudenken und so zu planen, dass sowohl Klimaschutz als auch die Bedürfnisse der verschiedenen Verkehrsteilnehmer:innen angemessen Berücksichtigung finden.

Auf Straßen, Fuß- und Radwegen darf nicht das Recht des Stärkeren gelten. Geh- und Radwege müssen instandgesetzt, zuverlässig geräumt und besser beleuchtet werden. Für Ältere und Menschen mit Behinderung ist das Überqueren von Straßen im Fahrrad- und Autoverkehr eine große Herausforderung. Deshalb sollten mehr bedarfsorientierte und mobile Ampeln sowie Sprunginseln installiert werden, um mehr Sicherheit zu garantieren. Denn immer wieder verunglücken Menschen im Straßenverkehr, zunehmend auch unter Beteiligung von Radfahrer:innen und Verkehrsmitteln wie E-Rollern. Gerade diese neuen Mobilitätsangebote werden vermehrt zu Stolperfallen für sehbehinderte oder blinde Menschen. Hier müssen dringend feste Abstellplätze her. Zusätzlich bedarf es weiterer Regularien, wie zum Beispiel einer deutlichen Herabsetzung ihrer zulässigen Fahrgeschwindigkeit. Auch Verkehrsdelikte, wie falsches Parken, müssen für diese Fahrzeuge geahndet werden.

Vor allem für Senior:innen können einfache Stürze auf den teils maroden Gehwegen schwerwiegende Folgen haben. Besonders gefährlich wird es bei Schneefall, wenn nasses Laub auf den Wegen liegt und Räumpflichten unklar sind, wie zum Beispiel auf Brücken, die oft nicht umfänglich oder rechtzeitig geräumt werden. Hier braucht es mehr regelmäßige Kontrollen durch bezirkliche Wegewarte. Der Online-Wegewart kann an dieser Stelle eine gute Ergänzung sein, ein echter Ersatz ist er aber nicht. Nicht länger akzeptabel

Wir fordern, Fußgänger:innen mehr Aufmerksamkeit und Priorität einzuräumen und die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

ist auch die mancherorts mangelhafte Beleuchtung der Gehwege.

Wir fordern ein zukunftsfähiges, alltagstaugliches Mobilitätsangebot, das die Bedürfnisse verschiedener Personengruppen berücksichtigt und ihre Mobilität erhöht.

Mobilität ist eine maßgebliche Voraussetzung für soziale Teilhabe. Wachsende Bevölkerungszahlen und Pendler:innenströme, Neubau und Verdichtung von Wohngebieten, Ansiedlung von Gewerbe und Industrie sowie klimaneutrale Fortbewegung – all diese Faktoren sollten bei der Planung von Mobilitätsangeboten künftig berücksichtigt werden. Ebenso darf niemand auf der Strecke bleiben: Mobile Rufangebote, wie Anruf-Sammel-Taxi (AST), RufBus, Anruf-Sammel-Mobil (ASM), Moia und ioki, müssen stadtweit barrierefrei und analog, mit Bargeldzahlung, bereitgestellt werden. Auf keinen Fall dürfen solche flexiblen Angebote eingeschränkt werden. Im Gegenteil: Sie sollten gefördert, in das Tarifgefüge des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) eingepasst und auf ganz Hamburg ausgedehnt werden.

Mobilität ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb muss die Nutzung des ÖPNV auch für Menschen ohne oder mit nur geringem eigenen Einkommen bezahlbar sein. Ohne ÖPNV sind die meisten Menschen in der Stadt nur eingeschränkt mobil. Der Hamburger Senat und die Bürgerschaft müssen deshalb jetzt die richtigen Bedingungen für einen sozialen ÖPNV schaffen: Dazu zählen günstige Fahrpreise genauso wie der kostenfreie Sozialtarif ohne Einschränkungen für finanziell bedürftige Menschen aller Altersgruppen.

Wir fordern die kostenfreie Beförderung von Bedürftigen sowie gestaffelte Sozialtarife im ÖPNV.

Auch der barrierefreie Ausbau sowie Großinvestitionen zum Linienausbau müssen vorangetrieben werden. Das Busbeschleunigungsprogramm sollte weiter modifiziert werden. Haltestellen müssen sich dort befinden, wo sie erforderlich sind und mit Regenschutz sowie Sitzbank ausgestattet sein. Priorität hat für uns der Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs. Das bestehende Liniennetz muss durch

fußläufige Erreichbarkeit der Haltestellen verbessert sowie durch den Streckenausbau und die Anbindung der Stadtteile, die bisher noch ohne Schnellbahnanschluss sind, erweitert werden. Zubringer-Taxisysteme wie ioki sollten ausgebaut und für alle erreichbar und nutzbar sein – auch ohne Internetkompetenz und Online-Bezahlung. Barrierefreie Ruftaxis und -busse sowie Abholdienste zum ÖPNV-Preis würden nicht nur Menschen mit Behinderung oder Einschränkungen wesentliche Erleichterungen bringen.

Wir fordern den Ausbau des ÖPNV, der für alle erreichbar sein muss und die Mobilität erhöht.

Zur Mobilität gehören auch erreichbare barrierefreie öffentliche Toiletten. Sie müssen durch sichtbare Ausschielderungen besser auffindbar sein. Ihre Öffnungszeiten sollten sich am Einzelhandel, an der Gastronomie sowie am Freizeitverhalten und an Urlaubszeiten orientieren. Abend- und Nachtöffnungen können durch entsprechende Zugangssysteme sichergestellt werden. Die Toiletten sollten so gepflegt werden, dass ihr hygienischer Zustand stets einwandfrei ist – nicht nur bei Großveranstaltungen im öffentlichen Raum, wie beispielsweise zum Hafengeburtstag oder zu Konzerten.

Wir fordern mehr öffentliche, barrierefreie und gut ausgeschilderte Toiletten im öffentlichen Raum.

Ebenso muss die Zahl und Auffindbarkeit von Wasserspendern – auch angesichts des Klimawandels – in der Stadt schnell und deutlich erhöht werden. In einem ersten Schritt empfehlen wir, die sichtbare und benutzerfreundliche Einrichtung auf öffentlichen Plätzen.

Wir fordern gepflegte Wasserspender auf allen zentralen öffentlichen Plätzen.

## Impressum

Sozialverband Deutschland e.V.  
Landesverband Hamburg  
Pestalozzistraße 38  
22305 Hamburg  
Tel. 040 611607-0  
Fax 040 611607-50  
info@sovd-hh.de  
www.sovd-hh.de



@sovdhamburg

Als gemeinnütziger, parteipolitisch und konfessionell neutraler Verband finanzieren wir unseren sozialen Auftrag unabhängig von Interessen Dritter – seit über 100 Jahren.